

„Jamaika“ verschleudert Steuergelder für nutzlose Bürgerbeteiligung

Bonner Bäder: Ein Spiel auf Zeit

Nach zwei Bürgerentscheiden zur Bonner Bäderlandschaft hat die Stadt jetzt ein teures mehrstufiges Bürgerbeteiligungsverfahren beschlossen. Dieses Verfahren ist nutzlos, weil es zu spät kommt und die sachlichen und finanziellen Vorgaben zu keinem sinnvollen Ergebnis führen können.

Gisela von Mutius

Am Bürgerentscheid 2018 haben sich mehr als 106.000 Bonnerinnen und Bonner beteiligt. Die Mehrheit hat den Bau eines Zentralbades in Dottendorf abgelehnt und damit zum Ausdruck gebracht, dass sie sich eine dezentrale, wohnortnahe Bäderlandschaft wünscht: je ein funktionstüchtiges Hallenbad in jedem Stadtbezirk.

Statt jedoch - wie vom OB zunächst angekündigt - sofort mit Konzepten und Planungen für die Sanierung der vier Stadtbezirksbäder zu beginnen, haben CDU, FDP und die Grünen ein 200.000 € teures mehrstufiges „Bürgerbeteiligungsverfahren“ beschlossen. Circa 100 per Los ausgesuchte Bürgerinnen und Bürger sollen in sogenannten Planungszellen ein Bürgergutachten zur Bäderlandschaft erarbeiten. Ob und wie weit der Stadtrat dieses Gutachten akzeptiert, ist fraglich. Denn der Rat hat immer das letzte Wort. Die folgenlosen Bürgerwerkstätten zum Bahnhofsvorplatz und zum Viktoriarkarree lassen grüßen.

Neue Bürgerbeteiligung ist überflüssig

Die Ratskoalition begründet dieses Beteiligungsverfahren damit, dass man ja nicht wisse, was die Bonnerinnen und Bonner wollten. 2017 hätten sie gegen die Sanierung des Kurfürstenbades gestimmt, 2018 den Bau eines Zentralbades abgelehnt. Diese Argumentation ist nur formaljuristisch korrekt, sie orientiert sich ausschließlich an den Abstimmungsfragen der beiden Bürgerbegehren bzw. -entscheide und missachtet den politischen Kontext. Bei beiden Bürgerentscheiden ging es stets um die Alternative: Zentralbad versus Stadtteilbäder, u.a. nachzulesen auf den Unterschriftenlisten für beide Begehren. Beim ersten Entscheid hatte die Stadtverwaltung die Stadtbezirke gegeneinander ausgespielt und die Bürgerinnen und Bürger schlecht über die Pläne zum neuen Zentralbad informiert.

Beim zweiten Bürgerentscheid waren die Bonnerinnen und Bonner viel besser und umfassender informiert:

- über die Angebote des neuen Bades,
- über die Investitions- und Betriebskosten,
- über die Risiken des Finanzierungsmodells,
- über die Folgen für das Schulschwimmen, für Verkehr und Umwelt und
- über die geplanten höheren Eintrittspreise

Sie kannten auch die Möglichkeiten und die offiziellen Kostenschätzungen für eine Sanierung des Kurfürsten- und des Frankenbades, die für das neue Bad geschlossen bleiben bzw. geschlossen werden sollten. Trotz des ungünstigen Abstimmungstermins mitten in den Ferien war die Beteiligung deutlich höher als beim ersten Entscheid. Der zweite Entscheid hat damit eine viel höhere Legitimation als der erste und er darf durchaus auch als politische Korrektur des Entscheids 2017 verstanden werden. Genaue Analysen zeigen das veränderte Abstimmungsverhalten in den Wahlbezirken vom ersten auf den zweiten Entscheid auf. Die Ratsmehrheit ignoriert das. Es stimmt also nicht, dass wir nicht wissen, was die Bonnerinnen und Bonner wollen. Sie haben sich gegen einen Neubau und damit für die Sanierung und Modernisierung ihrer vier Stadtbezirksbäder entschieden. Damit erübrigt sich ein Bürgergutachten zur Bonner Bäderkultur.

Neue Bürgerbeteiligung hebt den Bürgerentscheid 2018 aus

Ist Bürgerbeteiligung immer gut? Nein, es kommt auf den Kontext und auf das Warum und das Wie an. Die „Leitlinien Bürgerbeteiligung Bonn“ regeln die Qualitätskriterien der hiesigen Beteiligungsverfahren. Planungszellen, ein in Konfliktfällen sehr sinnvolles Verfahren, unterliegen jedoch ganz besonders strengen Anforderungen. Die erfahrene Expertin für Planungszellen, M.A. Ilse Burgass aus Beuel, hat in einem Interview mit dem

General-Anzeiger und der WDR Lokalzeit aus Bonn klar gemacht, dass die Bürgerschaft dieses Verfahren nach zwei Bürgerentscheiden nicht akzeptieren wird. Ohne breite Akzeptanz und Vertrauen ist Bürgerbeteiligung zum Scheitern verurteilt. Eindeutige und klare Rahmenbedingungen, eine transparente und partizipative Prozessgestaltung sowie Ergebnisoffenheit sind dabei die zentralen Punkte. Werden sie verfehlt, richtet Bürgerbeteiligung mehr Schaden an als sie Nutzen stiftet.

Planungszellen mit 100 Mitwirkenden in einem Bürgerentscheid mit 106.000 Abstimmenden nachfolgen zu lassen, heißt, den Bürgerentscheid nicht ernst zu nehmen und dessen Umsetzung auf die lange Bank zu schieben. Die Vorgabe für die Planungszellen, dass das Kurfürstenbad weiter geschlossen bleibt, ist außerdem ein Affront gegen die Bad Godesberger Bürgerinnen und Bürger, die sich in beiden Entscheiden mit über 2/3 Mehrheiten für ein Hallenbad in ihrem Bezirk ausgesprochen haben.

Neue Bürgerbeteiligung ist nutzlos

Für den Bau des Zentralbades wollte die Stadt Bonn einen Kredit über rund 60 Mio. € aufnehmen und an die Stadtwerke weiterreichen. Weitere rund 25 Mio. waren für die Sanierung des Hardtbergbades bereits beschlossen, ebenso ein Betriebskostzuschuss für das neue Bad in Höhe von rund 3 Mio. Nun sollen die Planungszellen statt mit knapp 90 Mio. Investitionsvolumen mit insgesamt weniger als 30 Mio. für drei Bäder (das Kurfürstenbad soll ja geschlossen bleiben) auskommen. Davon sind rund 25 Mio. für das Hardtbergbad aber bereits verplant. Wie sollen die Planungszellen mit zirka 5 Mio. die Bonner Bäderlandschaft neu gestalten? Die Stadtverwaltung und die Ratskoalition haben den Planungszellen einen völlig unrealistischen Finanzierungsrahmen vorgegeben und die ausgewählten Bürgerinnen und Bürger damit vor eine unlösbare Aufgabe gestellt. Planungszellen sollen konkrete und umsetzbare Lösungen für einen Konfliktfall erarbeiten. „Es ist ein Irrtum anzunehmen, dass Planungszellen Luftschlösser produzieren“ sagt Frau Burgass. „In allen Planungszellen, die ich in über 40 Jahren begleitet habe, sind die Kosten und deren Finanzierung die Wunde, in die die Bürger ihren Finger legen“.

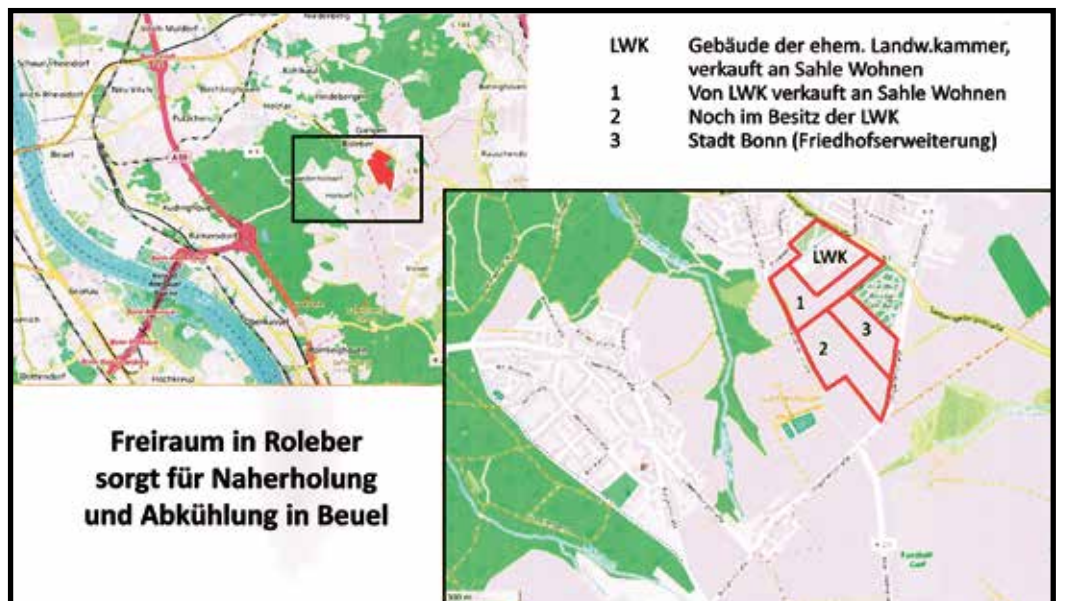
Bürgerbeteiligung – ein Mittel, um Zeit zu schinden?

Mitglieder der Jamaikakoalition antworten gebetsmühlenhaft auf jede Frage nach ihrem Konzept oder Plan B für die Bäderlandschaft: man müsse die Ergebnisse der Planungszellen abwarten, man dürfe diesem Beteiligungsprozess nicht vorgreifen. Haben sie keinen Plan B oder entwickeln sie keinen, sondern erwarten, dass die Teilnehmenden an den Planungszellen ihnen die Arbeit des Neu-Denkens und Neu-Planens abnehmen? Wollen sie die Verantwortung für das Funktionieren des Schul-, Vereins- und Individualschwimmens in Bonn nicht übernehmen?

Oder sollen die jetzt notwendigen Entscheidungen und Planungen für die Bonner Bäder nur auf die Zeit bis nach der Kommunalwahl verschleppt werden? Bis man die Pläne für ein Zentralbad nach Ablauf der Bindungsfrist des zweiten Bürgerentscheids 2018 wieder aus der Schublade holen darf? Diese Taktik des Zeitschindens dürfen wir dem OB und den Stadtverordneten der Jamaikakoalition nicht durchgehen lassen. Solange der Rat keinen halbwegs realistischen Finanzrahmen für die Planungszellen beschließt und das Denkverbot für das Kurfürstenbad nicht aufhebt, kann man jeder Bürgerin und jedem Bürger Bonns nur dringend davon abraten, Zeit, Energie und Grips für eine „mission impossible“ aufzuwenden.

Stadtverwaltung gegen Bürger?

Der Freiraum von Roleber



Quelle: Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V., openstreetmaps

Thorsten Albrecht und Susanne Gura

Roleber kühlt Beuel

Als 2013 der Präsident der Landwirtschaftskammer über einen geplanten Umzug von Bonn-Roleber nach Münster informierte, lud der Verein Lebenswerte Region Bonn Siebengebirge Politikvertreter maßgeblicher Fraktionen des Stadtrates zur Diskussion über die Zukunft des Gebäudes und des Geländes ein. Ergebnis: Alle waren sich einig, dass das Gebäude weiter genutzt werden und die Agrarflächen frei von Bebauung bleiben sollen.

Die Agrarflächen, rechtlich bisher noch Sondernutzungsflächen der LWK, sind im Integrierten Freiraumsystem der Stadt Bonn als Kernbereich, zum Teil mit der Empfehlung „Verzicht auf bauliche Nutzung“ gekennzeichnet. Eine weitere Bebauung der Kernbereiche würden die Menge und Qualität der Bonner Freiräume maßgeblich einschränken, erläutert die Stadt Bonn.

Die Bürger in der Region sind dieser Haltung treu geblieben, das wurde in verschiedenen Bürgerversammlungen der Stadtverwaltung, der Presse und der SPD-Fraktion zwischen 2015 und 2018 bekräftigt. Inzwischen hat ein Investor, Sahle Wohnen, einen Teil der Flächen gekauft und das Gebäude teilweise und kurz befristet vermietet. Die Stadtverwaltung hat ein „städtebauliches Entwicklungskonzept“ erarbeiten lassen, um die Nutzung der gesamten 13 Hektar mit einem hohen Bedarf an Wohnraum zu begründen. Dies wird von einem großen Teil der Anwohner sehr kritisch gesehen. Eine Nutzung des ehemaligen Kammergebäudes als Wohnraum wird jedoch nach wie vor begrüßt.

Einige Dutzend Hektar Ackerflächen in Roleber sorgen für kühle Luft, die - weil schwerer als Warmluft - entlang der Geländegegebenheiten den Berg hinunter nach Holzlar und weiter nach Beuel fließt. Würde man die Ackerflächen betonieren, müsste Beuel in heißen Sommern auf einige Abkühlung verzichten., mit erheblichen Folgen für die Gesundheit der Bürger im schlecht belüfteten Bonner Becken. Mit der Klimaerwärmung werden Sommer Nächte mit hohen Temperaturen immer häufiger und jeder Kühleffekt immer wichtiger.

Teures Abwasser

Schon als das Gebäude der Landwirtschaftskammer in Roleber gebaut wurde, gab es Probleme mit dem Grundwasser. Daher wurde im zugehörigen Park ein See angelegt, der die Folgen von Starkregen abmildert. Eine weitere Bebauung der Ackerflächen würde zu erheblich mehr Wasserproblemen führen. Der existierende Kanal über Holzlar nach Beuel müsste entsprechend erweitert werden. Die Kosten werden von Experten auf ca 20 Millionen Euro geschätzt. Zahlen müsste wahrscheinlich die Stadt Bonn, die die Kosten auf die Anlieger des Kanals, z.B. an der Holzlarer Hauptstraße, umlegen dürfte. Laut Verwaltungsantwort zu einem Bürgerantrag Anfang 2019 wird nur die Erschließung vom Investor getragen.

Trotzdem bauen? Nein!

Der Wohnungsmarkt ist größer als die Stadt Bonn zugeben will. Sie hat 2016 mit einer „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ gutachterlich feststellen lassen, dass der auf Bonner Stadtgebiet vorhandene Wohnraum nicht ausreicht, um dann daraus schließen zu können, dass Wohnbedarf gegen Freiraumbedarf abgewogen werden müssten. Der Wohnungsmarkt des Rhein-Sieg-Kreises wurde ignoriert. Sicherlich wären zwar wenig Wohnungs-Überschüsse, aber viel mehr Bauland-Alternativen festgestellt worden. Ausgerechnet dieses für Bonn wichtige Freiraum-Kerngebiet zu Wohnzwecken aufzugeben, würde die Lebensqualität in Bonn spürbar beeinträchtigen.

Mit der Wohnungsfrage befasst sich der Verein Lebenswerte Siebengebirgsregion intensiv. Erst kürzlich hat er in einem Offenen Brief die Kölner Bezirksregierung aufgefordert, bei der derzeit laufenden Überarbeitung des Regionalplanes die Kulturlandschaft im nördlichen Naturpark Siebengebirge vor weiterer Bebauung zu schützen und Wege zum Flächen sparen aufgezeigt. Etwa einhundert kleine Wohnungen, die im ehemaligen LWK-Gebäude in Roleber möglich sind, wären der Schritt in die richtige Richtung.

Weitere Infos:
Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.,
www.siebengebirgsregion.de, www.suedtangente.de
Kontakt: sg@siebengebirgsregion.de

Integriertes Freiraumsystem (IFS)

Das 1997 fertig gestellte „Integrierte Freiraumsystem der Stadt Bonn“ (IFS 1997) wurde durch Ratsbeschluss von 1998 als eine informelle Abwägungsgrundlage für die Bauleitplanung eingeführt. Es erfüllt somit die Aufgabe eines Steuerungs-/Planungsinstruments vorrangig in Zuordnung zum Flächennutzungsplan (FNP) mit dem Ziel der Sicherung und nachhaltigen Entwicklung der Freiflächen im Stadtgebiet von Bonn. Vor allem die sog. **„Planungsmodellkarte“** fand eine pragmatische Anwendung in den Planverfahren.

Das IFS besitzt drei inhaltliche Schwerpunkte: Erholungsfunktion, Klima und Biotopstruktur / Vernetzung. Als Hauptziel des IFS gilt der Erhalt eines Status quo im Verhältnis von Siedlungsflächen zu Freiraum und den damit verbundenen qualitativen Wertsetzungen der Ökologie, wie auch der Bedeutung als Lebens- und Erholungsraum der Bevölkerung.